



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar. Für Privatabonnenten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Insertionsgebühr für die Zeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redaktion: Fritz Rietich, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

Nr. 7

Charlottenburg, den 12. Februar 1904

31. Jahrg.

**Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!**

### Sperren in Deutschland.

Die **Bollsperr**e besteht über Offenbach a. Main (Diezel, Lederwarenfabrik), Schlierbach, Tettau (Sonntag u. Söhne), Tillowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik).

#### Halbsperr:

Alexandrinenthal (Firma Recknagel), Althaldensleben (außer W. Gericke & Schulz, Bauernmeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. d. Oder (Baetsch), Freienorla, Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Menz), Kamenz i. S. (Bogt), Königszelt, Kranichfeld, Ilmenau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhle, Triptitz, Ueckendorf, Düsseldorf, Wortmann u. Ebers (Emaillierwerk).

### Sperren in Oesterreich.

Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). Westen-Budweis — Kunsttonwaren-Fabrik von Rudolf Ditmar. Steingutfabrik Franz Steidl in Znaim. — In Brünn ist gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar; in Königsfeld bei Brünn (Mähren): Firma Bollmann u. Cie., beide Emaillierfabriken für Maler.

## Wenn es sich um Arbeiter handelt.

— Trotz aller Schönrede und sozialpolitischer Schaumbläse der heutigen Bewunderer der deutschen offiziellen Arbeiterpolitik wird man den abstoßenden Eindruck nicht verwischen können, den immer von neuem die Arbeiterfeindlichkeit der Regierungen, wie ihrer tonangebenden Hintermänner auf den sehenden Arbeiter macht. Mag man vom Regierungstisch, von der Tribüne des Parlaments

noch so arbeiterfreundliche Reden der bürgerlichen Sozialreformer hören, in ihres Herzens Innerstem wollen alle diese Leute ja doch nicht von einem wirklichen Recht des Arbeiters wissen. Die Furcht und der Haß, der den bürgerlichen Sozialpolitikern trotdedem vor den und gegen die Arbeiter in den Knochen steckt, läßt sich eben nicht ganz unterdrücken. Das wird für uns um so selbstverständlicher, da wir wohl wissen, daß kein Bürgerlicher, und meint er es noch so gut mit seinen Absichten, aus dem engen Kreis seiner Klassenanschauung heraus kann. Und dieser Klassenstandpunkt drängt seine Inhaber dazu, den Arbeiter nieder zu halten, ihn in seinen Rechten zu beschränken und ihm die Erringung weiterer Rechte so viel wie möglich zu erschweren.

An zwei Beispielen wollen wir das näher erörtern. Es handelt sich um die beiden sehr alten Forderungen: die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und um die Vertretung der Arbeiter in rechtlich anerkannten Berufskörperschaften (Arbeiterkammern). Beides sind Forderungen, die in den Fällen, wo sie nicht die Arbeiter betreffen, bereits erfüllt sind.

Die Rechtsfähigkeit der Vereine ist bereits im Bürgerlichen Gesetzbuch ausdrücklich festgelegt. Zwar geschieht das dort unter Bedingungen, die für die Arbeiter das Erlangen der Rechtsfähigkeit für ihre Berufsvereine unmöglich machten aber das gerade sollte ja mit jenen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches erreicht werden. Dadurch, daß man den Behörden ein so weitgehendes Aufsichtrecht über die in das Vereinsregister eingeschriebenen Vereine einräumte, indem man ferner die Einreichung der Mitgliederliste verlangte, schloß man die Arbeiter von dem Gebrauch dieses Rechtes aus. Die bürgerlichen Vereine haben von der Handhabung jener reaktionären Vereinsbestimmungen das durchaus nicht zu befürchten und für sie ist demnach schon tatsächlich das gegeben, um was die Arbeiter noch kämpfen müssen. — Freilich wir kommen auch ohne die Rechts-

fähigkeit unserer Gewerkschaftsverbände aus und so wie wir uns jahrzehntlang durch geschlagen haben, wird es auch noch ferner gehen. Aber unsere Forderung ist in aller erster Linie eine grundsätzliche. Die Arbeiterorganisationen sind nun mal eine Macht, der die Aschenbrödelstellung im Rechtsleben nicht mehr behagen kann. Und das was den anderen Korporationen gesetzlich an Rechten gewährleistet ist, verlangen wir auch für uns. Dazu kommt ferner, das unter dem herrschenden Zustand der Ungleichheit und Rechtlosigkeit der Berufsvereine die Gewerkschaften mit immer weiter um sich greifenden Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Der Umfang der Gewerkschaften nimmt zu und damit erweitern sich doch zugleich ihre finanziellen Verhältnisse. Die Barbestände steigen, die Verpflichtungen, Geschäfte zc. wachsen und allem muß die Gewerkschaft, ohne irgend eine rechtliche Sicherung in der Hand zu haben, gerecht werden. Ja, in welche Schwierigkeiten die Gewerkschaften kommen können, zeigte ja unseren Mitgliedern der Skandal in der Angelegenheit Bey und der daran sich knüpfende Streit um das Verbandsvermögen zur Genüge. Hier war es eben die Rechtlosigkeit unseres Verbandes, die uns dazu drängte, die verfügbaren Gelder nur auf den Namen einer Privatperson bei der Bank deponieren zu können. — Aus diesem allen ergibt es sich also zur Genüge, wie notwendig für die Gewerkschaften die Rechtsfähigkeit ist.

Nicht anders sieht es mit der Forderung nach Arbeiterkammern. Auch hier wird den Arbeitern vorenthalten, was die Angehörigen anderer Berufsstände bereits seit langem besitzen. So wurden die Handels-, die landwirtschaftlichen, die Handwerkerkammern geschaffen; die Ärzte und Rechtsanwälte haben ihre Standes- oder Berufsvertretungen, die von dem Staate anerkannt werden. An sie tritt man heran bei Schaffung der neuen für den betreffenden Beruf wichtiger Gesetze, hört die Wünsche und Vorschläge der Interessenten

und giebt ihnen Gelegenheit, die ihnen notwendig erscheinenden Schritte zur Wahrung ihrer Interessen zu tun. Anders mit den Arbeitern. Sie haben nach dieser Richtung hin keinerlei Rechte, keine Vertretungen. Keine Regierung, keine Behörde fragt den Arbeiter, was sagst du, oder wie stellst du dich zu diesem Gesetz, dieser Verordnung oder jener Verfügung? Da wird eben diktiert und der Arbeiter hat keine Gelegenheit, durch eine rechtl. anerkannte Berufsvertretung seinen Wünschen Ausdruck zu geben. Dieser Mißstand macht sich gerade jetzt um so fühlbarer, als dank dem kräftigen Vorgehen der rechtl. nicht anerkannten Arbeitervertretungen die Regierung und die bürgerlichen Parteien zu immer weiteren Zugeständnissen gedrängt werden. Aber ängstlich hütet man sich, die Arbeiter zur Mitarbeit an die sie betreffenden Gesetze heranzuziehen. Und jetzt, wo die Frage der Arbeitervertretung wieder brennend geworden ist, streitet man sich um Arbeitskammern oder um Arbeiterkammern. In ersteren sollen Arbeitgeber und Arbeiter; in letzteren nur Arbeiter sitzen. Die Mehrheit im Reichstag ist für die erstere Institution, da man hofft, durch die Tätigkeit der Arbeitgeber in den Arbeitskammern die Wirksamkeit der Arbeiter lahm legen zu können! In den Arbeiterkammern sehen besondere Angstmeier schon wieder eine Stärkung der sozialdemokratischen Agitation!

Die Reichstagsverhandlung vom 30. Januar dieses Jahres ergab nun ein klares Bild davon, wie jämmerlich das Ding aussehen wird, das eventuell aus diesen berechtigten Forderungen der Arbeiter unter gegenseitiger Unterstützung der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu stande kommt. Das Zentrum brachte eine Resolution ein, die anfragte, wann und ob erwartet werden könnte:

1. „die Vorlage eines Gesetzentwurfs behufs Regelung der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine, insbesondere hinsichtlich der leichteren Erlangung der Rechtsfähigkeit und der vollen Sicherung des Koalitionsrechts,
2. die Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter (Arbeitskammern) „zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden“ auch gegenüber den Staatsbehörden?“

Es ist dies eine neue Heuchelei des Zentrums. Wenn es demselben nämlich ernst mit diesen Forderungen sein würde, so würden dieselben schon längst verwirklicht sein. Aber das Zentrum will diesen Erfolg gar nicht erreichen, sondern nur die Antwort erlangen, die dann auch die Regierung gab. Der Staatssekretär Posadowsky erklärte nämlich, daß „die verbündeten Regierungen nicht abgeneigt sein würden“, die Rechtsfähigkeit den Berufsvereinen zu gewähren, doch nur unter verschiedenen „Wenn“ und „Aber“. So müßten „die Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben, sowie in gewissen öffentlichen Anlagen die bringende, wichtige Aufgaben zu erfüllen haben“, von diesem Rechte ausgeschlossen werden. Das hörte kaum der konservative Freiherr v. Richthofen, als er auch den landwirtschaftlichen Arbeitern, ferner den Bergarbeitern diesen Vorteil nicht gönnen wollte. — Noch unbestimmter lautete die Erklärung der Regierung über die Arbeitskammern. Posadowsky führte da den § 75 Abs. 2 der Gewerbeordnung an: „Das Gewerbegericht ist berechtigt, in gewerblichen Fragen Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalbehörden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten

und des Reiches zu richten“, und fügte dann hinzu: „Damit war bereits ein grundlegender Schritt geschehen zur Bildung der Arbeitervertretung, die im allerhöchsten Erlaß vom 4. Februar 1890 verheißen war. Die verbündeten Regierungen sind bereit, auf dieser Grundlage die Arbeitervertretungen weiter aufzubauen.“

Das ist selbst der „Sozialen Praxis“ so wenig, daß dieselbe sich nur zu einer recht lauen Anerkennung dieser Antwort bereit finden läßt. Zweifellos steht ja auch fest, daß mit diesen so lendenlahmen Zusagen die Forderungen noch lange nicht erfüllt sind. Man kennt ja den Schneckenang der preußisch-deutschen Regierungsmaschinerie zur Genüge und die Erfahrung hat schon erschöpfend gezeigt, was alles zwischen Wort und Tat liegen kann. Also wollen wir sehen, was aus diesen Zusagen wird.

Aber selbst dann, wenn sie erfüllt werden und zwar auch in einer noch weniger reaktionären Weise, als es der Staatssekretär ankündigte, können uns diese Aussichten nicht besonders hoffnungsvoll stimmen und uns davon überzeugen, daß nun die Klust der Arbeiterfeindseligkeit geschlossen ist.

Wir haben in Deutschland nämlich nicht nur mit den Gesetzen, sondern auch mit der Polizei und den Gerichten zu rechnen. Schon manches gute Recht wurde durch die Tätigkeit dieser beiden Einrichtungen dem Arbeiter durchaus ungenießbar gemacht. Man darf da nur an das Koalitionsrecht, wie es uns der § 152 der Gewerbeordnung gewährleistet, denken und sich dann vergegenwärtigen, was von diesem Recht noch übrig bleibt, wenn es unter die Kontrolle und Auslegungskünste preussischer und besonders sächsischer Gerichte und dito Polizei gerät. Ebenso wird man es aber auch mit den rechtsfähigen Berufsvereinen treiben. Schon eröffnete die Antwort des Staatssekretärs: „daß auch Vorsorge getroffen werden müßte, daß sich die Berufsvereine, welche die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter vertreten wollen, von diesen gesetzlichen und eventuell statutarisch festzulegenden Grundlagen nicht entfernen dürfen“, recht liebliche Ausblicke auf erneute Spitzfindigkeiten verschiedener Richter.

Die Gesetze allein schaffen eben keine Rechte und wie die Dinge zur Zeit bei uns liegen, sind alle Bedingungen dafür gegeben, annehmen zu können, daß auch dieser endlich in Aussicht gestellte winzige Fortschritt kein besonderes Recht dem Arbeiter bringen wird. Auf dem Papier wohl aber in Wirklichkeit?

Nun wir werden, wenn sich diese Fragen weiter entwickelt haben und dem Reichstag die der Regierungs-Erklärung entsprechenden Vorlagen zugegangen sein werden, auf die Sache zurück kommen. Dann werden wir zeigen können, wie recht wir auch dies Mal wieder hatten, auf die innerliche Abneigung der herrschenden Kreise gegen jede Erweiterung der Rechte der Arbeiter zu verweisen und wie es angesichts dessen Pflicht der Ar-

beiter ist, selbst umso energischer die Erlangung der ihnen notwendigen Rechte anzustreben und nie zu vergessen, daß der Arbeiter sich nur selbst helfen kann. Regierung und bürgerliche Sozialreform und Arbeiterpolitik versagt allemal da, wo es sich wirklich um die Rechte der Arbeiter dreht.

### Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Den Zahlstellentassierern sei hierdurch mitgeteilt, daß auf Grund eines Vorstandesbeschlusses vom 5. Januar 1904 auch die Unterstützung beziehenden Mitglieder die Extrabeiträge zu entrichten haben und sind dieselben wöchentlich von der Unterstützung in Abzug zu bringen.

Die arbeitslosen Mitglieder, welche Unterstützung nicht beziehen, sowie auch alle arbeitsunfähigen (ranken) Mitglieder sind von der Zahlung der Extrabeiträge befreit.

Um Irrtümer und Anfragen zu vermeiden, sei ferner mitgeteilt, daß die Extrabeiträge laut Beschluß des Vorstandes, vom 1. Januar ab zu entrichten sind, somit der erste Extrabeitrag am 2. Januar zu erheben war.

Für die Eintragung der Extrabeiträge gehen den Zahlstellentassierern diesmal besondere Listen nicht zu.

Es wollen die Kassierer die Extrabeiträge in derselben Weise, wie die ordentlichen Beiträge, jedoch getrennt von denselben, im Beitragsbuch in Einnahme stellen und sind zu diesem Zweck die Wochenrubriken des dritten Quartals im Beitragsbuche zu benutzen.

Die Umschreibung des Beitragsbuches, welche sonst am Schluß jedes Jahres stattfindet, muß bei diesem Verfahren selbstverständlich schon am Schluß des 2. Quartals dieses Jahres vorgenommen werden.

Bei Fertigstellung des Abschlusses pro 1. Quartal 1904 ist zu beachten, daß im Abschlußformular die gezahlten Extrabeiträge ebenfalls besonders in Einnahme zu stellen sind. Bezüglich der Ausfüllung des dem Abschluß beizulegenden Beitragsstreifens wollen die Kassierer nach unten stehendem Schema verfahren.

Die Kassierer sind berechtigt, von den Extrabeiträgern 4 pCt. als Entschädigung für ihre Mühewaltung zu berechnen, dagegen dürfen von den Extrabeiträgern Prozente für den 8 pCt.- und Bildungsfonds nicht berechnet werden.

In den Abschlüssen pro 4. Quartal 1903, um deren sofortige Einsendung ich hiermit ersuche, dürfen bereits gezahlte Extrabeiträge nicht in Einnahme gestellt werden.

Zur Abstempelung der gezahlten Extrabeiträge erhalten die Zahlstellentassierer nächste Woche Tabellen zugesandt, welche in die Quittungsbücher der Mitglieder und zwar an die hintere Blattseite einzukleben sind.

W. Herden, Verbandskassierer.

#### Ordentliche Beiträge.

1. Quartal 1904									
Buch-Nr.	Bücherg.-Beiträge	Eintrittsgelb	Gezahlte Beiträge		Rest		Zinse		Bemerkungen u. Austritt zc.
			Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Pf.	Pf.	
241	40	—	5	20	—	—	50	—	
582	85	—	4	55	—	—	50	—	
688	30	—	3	90	—	—	50	—	
714	25	—	3	25	—	—	50	—	
<b>Sa.</b>	—	—	16	90	—	—	200	—	

#### Extrabeiträge.

1. Quartal 1904									
Buch-Nr.	Bücherg.-Beiträge	Eintrittsgelb	Gezahlte Beiträge		Rest		Zinse		Bemerkungen u. Austritt zc.
			Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Pf.	Pf.	
			5	20	—	—	—	—	
			4	55	—	—	—	—	
			3	90	—	—	—	—	
			3	25	—	—	—	—	
<b>Sa.</b>	—	—	16	90	—	—	—	—	

## Aufforderung.

Gemäß § 34, Abs. 4 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen Einsendung der Abschlässe u. Gelder pro IV. Quartal 1903** aufgefordert:

Ahlen, Althaldensleben, Amberg, Annaburg, Arzberg, Bayreuth, Berlin II, Blankenhain, Breslau, Burggrub, Coburg, Colditz, Darmstadt, Döbeln, Dresden, Düsseldorf, Eisenberg, Elberfeld, Eigersburg, Elsterwerda, Frankfurt a. M., Frankfurt a. D., Fraureuth, Fürstenberg a. D., Fürstenberg a. B., Gera, Geringswalde, Geschwenda, Gräfenhain, Gräfenhain, Großbreitenbach, Grünstadt, Hamm, Hausen, Hermsdorf, Hirschau, Hirschberg, Höhr, Hüttensteinach, Ilmenau, Käferthal, Kamenz, Kloster-Bebra, Kolmar, Köln, Köln-Ehrenfeld, Köppelsdorf, Küps, Langewiesen, Lucka, Magdeburg, Manebach, Marktredwitz, Martinroda, Meißen, Meuselbach, München, Neuhaus a. R., Neustadt b. C., Nossen, Nürnberg, Nymphenburg, Oberhausen, Oberhohndorf, Obergöblich, Oberkospau, Oberlind, Ohrdruf, Pforzheim, Piesau, Plaue, Polschappel, Probstzella, Rathenow, Rehau, Reichenbach, Roda, Rudolstadt, Saargemünd, Schmiedefeld, Schney, Schönwald, Schramberg, Schwarza, Schwarzenbach, Selb, Sitzendorf, Sondershausen, Spandau, Stadtilm, Suhl, Tirschenreuth, Untermhaus, Unterpörlitz, Unterweißbach, Wegesack, Waldenburg, Waldsassen, Weiden, Weingarten, Weißwasser, Wilda, Wittenberg, Wunsiedel, Zell.

Gleichzeitig mache ich die Zahlstellenkassierer und Revisoren darauf aufmerksam, daß auch gemäß §§ 5, 6 und 7 der Kassenordnung, vierteljährlich je ein Abschluß für Bildungsfonds, 8 pCt. und Streiffonds einzusenden ist. Ferner, daß über alle Ausgaben den Abschläffen die Quittungen beizulegen sind. Ausgaben, worüber Quittungen den Abschläffen nicht beiliegen, werden nicht anerkannt. Von den im Laufe des Quartals an die Hauptkasse gesandten Geldern bitte ich, wenn den Abschläffen der Postaufgabeschein nicht beigelegt wird, den Datum der Absendung anzugeben. Bezüglich der Berechnung der Prozente ersuche ich die §§ 5, 6 und 15 der Kassenordnung zu beachten.

Ferner ist zu bemerken, daß gemäß § 35, Abs. 2 des Statuts die Gelder des Bildungsfonds, welche im Laufe des letzten Kalenderjahres nicht verausgabt worden sind, am Schlusse des Jahres an die Verbandskasse wieder zurückzahlen und im Abschluß pro 4. Quartal 1903 in Einnahme zu stellen sind. Ebenso ist auf dem Abschlußformular des Bildungsfonds der Bestand von Büchern, Broschüren und Zeitschriften genau anzugeben.

Auch werden diejenigen Zahlstellen, welche am Schlusse des 4. Quartals 1903 im 8 pCt.-Fonds Barbestände aufzuweisen haben, ersucht, dieselben zur Unterstützung der um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Mitglieder für den Streiffonds einzusenden.

Wilh. Herden, Verbandskassierer.

### 113. Vorstandssitzung vom 19. Januar 1904.

Wollmann auf Reisen; entschuldigt (Frank) fehlt Schröder.

Ein Bericht von Schlierbach ist mit Kenntnisnahme erledigt. — Bezüglich der Aufnahme der Schildermaler in den Verband wird von der Zahlstelle Berlin II berichtet, daß die Hilfsarbeiter sowohl als die Schildermaler es für notwendig erachten, in einer Organisation vereinigt zu sein. Im Interesse der Organisierung dieser Genossen überhaupt wird der Beschluß der Sitzung vom 12. Januar cr. annulliert, wonach die Hilfsarbeiter bei uns keine Aufnahme finden können, und in namentlicher Abstimmung beschlossen, außer den Schilderern auch die Hilfsarbeiter in unseren

Verband aufzunehmen. Dafür stimmten: v. b. Aue, Graag, Herden, Hoppe, Korn, Schulte, Welzel; dagegen: Schneider, Zarges. — Im Anschluß an einen Bericht von Breslau wird beschlossen, den dortigen Mitgliedern für die Zeit des Festerns die Extrabeiträge zu stunden, sofern der genügende Nachweis hierüber erbracht. — Ein Antrag der Zahlstelle Frankfurt a. M. - Offenbach, dem Mitglied 35 441 eine Nothfallunterstützung zu gewähren, muß als statutarisch unzulässig abgelehnt werden. — Die Genehmigung zum freiwilligen Abgang unter Wahrung der Unterstützungsansprüche für 33 551 Offenbach wird abgelehnt, abgesehen davon, daß das Mitglied nach § 7 Ziff. 2 des Statuts noch nicht anspruchsberechtigt ist. — Der beantragte Rechtsschutz für 2232 Hüttensteinach wird auf Grund eines vom Vorstand eingeholten juristischen Gutachtens abgelehnt. — Die Zahlstelle Köppelsdorf wünscht die Namen einer Anzahl vor einiger Zeit wegen Beitragsresten ausgeschiedener Mitglieder im Organ zu veröffentlichen. Der Vorstand kann die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme nicht einsehen und lehnt die Aufnahme ab. — Die Genehmigung zum freiwilligen Abgang unter Wahrung des Anspruches auf Fahr- und Umzugsgelder für das Mitglied 33 702 Berlin II (Eingelmitglied) wird abgelehnt. — Das Mitglied 29 480 Kolmar hat sich wegen verweigerter Arbeitslosenunterstützung an die Beschwerdekommision gewandt und letztere um Zuzahlung des Materials ersucht sowie um die Begründung des diesbezüglichen Vorstandesbeschlusses; dem soll entsprochen werden. — Zuschriften von Suhl und Ilmenau sind mit Kenntnisnahme erledigt. — Der Zahlstelle Koblenz werden auf besonderen Antrag zwei Exemplare „Die Ametse“ zur besonderen Verwendung durch die Zahlstelle geliefert. Ein weiterer Antrag derselben Zahlstelle, die Mittel zu bewilligen zur Anschaffung eines Plakates zum Aushang im Verkehrslokal der dortigen Porzellanarbeiter, wird vertagt und das Bureau beauftragt, dem Vorstand die notwendigen Unterlagen zu verschaffen, damit erwogen werden kann, ob es sich empfiehlt, auch an anderen Orten derartige Plakate als Agitationsmittel zu verwenden. — Ein Antrag der Zahlstelle Schwarza, die Erhebung der Extrabeiträge für den Verband in anderer Form stattfinden zu lassen, wird abgelehnt.

— Den Mitgliedern 225 und 33 020 Düsseldorf werden auf besonderen Antrag der Zahlstelle die Extrabeiträge erlassen. — Ein Antrag in Bezug auf die Extrabeiträge der Zahlstelle Sorgau wird ebenfalls abgelehnt. — Dem Mitglied 33 806 Berlin II, welches den Arbeitsnachweis ignoriert und sich weigerte, den diesbezüglichen Anordnungen der Verwaltung zu entsprechen, wird deswegen 1 Jahr Strafkarenzzeit auferlegt. — Dem Mitglied 802 Berlin-Moabit, welchem vom Bureau Unterstützung verweigert, wird auf Antrag der Zahlstelle dieselbe bewilligt. — Das Mitglied 30202 Kolmar beantragt wiederholt Gewährung von Differenzunterstützung; dieselbe wird wiederum abgelehnt, weil nach den Darlegungen des Mitgliedes selbst die statutarische Unterlage hierfür fehlt. — Das Mitglied 13 303 Weißwasser hat von der Anstrengung der Lohnentschädigungs-Klage Abstand genommen mit einer Begründung, welche der Vorstand nicht stichhaltig erachten kann. Außerdem hat Mitglied das Arbeitsverhältnis freiwillig gelöst und eine Aushilfestellung angenommen. Beschlossen wird, wenn Mitglied in seinem aushilfsweisen Arbeitsverhältnis in kurzer Zeit entlassen wird, demselben Unterstützung nicht zu bewilligen. — Der Aufnahme des Maler Däubner, Moschendorf wird nach erfolgter Recherche bei der Verwaltung und auf Empfehlung derselben zugestimmt. — H. Lohmann, Ilmenau wird, nachdem derselbe sich wiederholt gemeldet und dessen Antrag von der Verwaltung auf das Wärmste befürwortet, wieder in den Verband aufgenommen. — Das Aufnahmegesuch des Drehers Christian Fehn-Kronach, welcher wiederholt gegen die primitivsten kollegialen Verpflichtungen verstoßen, wird abgelehnt; jedoch soll es demselben überlassen bleiben, sich eventuell später wieder zu melden. — Der Verbandskassierer giebt den Abschluß pro 4. Quartal zur Kenntnis, demnach betrug das Vermögen im Verband: 33 723,51 Mk., im Beihilfefonds: 6700,55 Mk., im Streiffonds 5815,95 Mk. Nachdem die Ersahmänner für die Verbandsrevisoren sämtlich einberufen und trotzdem nur noch 2 anstatt der erforderlichen 3 Revisoren vorhanden sind, macht sich die Neuwahl eines Revisors und 3 Ersahmänner notwendig. Beschlossen wird, zu diesem Zweck in nächster Zeit eine kombinierte Versammlung der Zahlstellen Berlins und nächster Umgebung einzuberufen und das Bureau zu beauftragen, das Erforderliche hierfür zu veranlassen. Einige Mitglieder in Gotha, welche sich vom Beihilfefonds abgemeldet, weigern sich, die restierenden Beiträge bis zum Tage der Abmeldung zu entrichten, und beabsichtigen, um sich ihrer Verpflichtung gegen den Beihilfefonds zu entziehen, aus dem Verband auszuscheiden und sich von Neuem aufnehmen zu lassen.

Beschlossen wird, daß eine Neuaufnahme in den Verband nur unter der Bedingung erfolgen kann, daß die Restbeiträge für den Beihilfefonds nachgezahlt werden.

G. Wollmann,  
Vorsitzender.

J. Schneider,  
Schriftführer.

### 114. Vorstandssitzung vom 26. Januar 1903.

Entschuldigt fehlen Hoppe und Schröder. Von Schlierbach wird berichtet, daß die Situation unverändert sei; die Haltung der Streitenden ist eine vorzügliche. Für einige Mitglieder, welche inzwischen anderweitig in Beschäftigung waren, wird Streikunterstützung weiter bewilligt. — Den Mitgliedern 1877 und 6877 Lettau wird weitere Unterstützung bewilligt; eine, für das Mitglied 33477 beantragte besondere Unterstützung wird abgelehnt. Der Vorsitzende gibt zur Kenntnis, daß am 20. Januar in seiner Klagesache mit dem Unternehmer in Lettau Verhandlung in Ludwigstadt stattgefunden hat, welche mit seiner Beurteilung zu 50 Mk. Geldstrafe endete. — Ein Bericht von Piesau wird zur Kenntnis genommen und beschlossen, über einige Unklarheiten Rückfrage zu halten. Dem Mitglied 34 043 wird für weitere 2 Wochen Unterstützung bewilligt. — Eine Zuschrift des Gewerkschafts-Kartells Frankfurt a. M. wird zur Kenntnis genommen. — Dem Mitglied 24 121 Elsterwerda wird die beantragte Unterstützung nach § 1 des U.-R. (Selbstverschulden) abgelehnt. — Dem Mitglied 28 780 Schmiedefeld wird nachträglich für die Zeit vom 22. bis 28. November 1903 Unterstützung bewilligt; damit dürfte eine diesbezügliche Beschwerde des Mitgliedes bei der Beschwerdekommision des Verbandes erledigt sein. — Bezüglich der Zuschriften einiger Zahlstellen, die Extrabeiträge betreffend, wird Beschlußfassung vertagt.

Beihilfefonds. Die Anträge des Vorstandes sind durch die allgemeine Mitglieder-Abstimmung angenommen worden, und treten die abgeänderten Bestimmungen des V.-R. am 1. Februar d. Js. in Kraft.

G. Wollmann,  
Vorsitzender.

J. Schneider,  
Schriftführer.

### 115. Vorstandssitzung vom 30. Januar 1904.

Im Anschluß an einen Bericht von Schlierbach wird beschlossen, dem Mitglied 9542 Rechtsschutz zu bewilligen. — Eine Zuschrift von Hüttensteinach wird zur Kenntnis genommen und beschlossen, die Angelegenheit zur nochmaligen Beratung an die Zahlstelle zurück zu verweisen. — Die Zahlstelle Berlin II berichtet, daß die Fächermaler in Differenzen stehen wegen Lohnfragen. Die Unternehmer haben sich jedoch bereit erklärt, mit einer Kommission in diesbezügliche Unterhandlungen einzutreten. Es wird beantragt, einen Vorstandsvorsteher zu diesen Verhandlungen zu delegieren. Diesem Antrage wird stattgegeben und der Vorsitzende hierfür bestimmt. Für den Fall, daß die Verhandlungen resultatlos verlaufen, wird den in Frage kommenden Mitgliedern gestattet, die Weiterarbeit zu verweigern und Unterstützung zugesichert. — Ein Antrag der Zahlstelle Breslau, einigen Mitgliedern die Straf-Karenzzeit zu erlassen, muß vertagt werden, bis genauere Angaben vorliegen. — Einigen Mitgliedern in Darmstadt wird für zwei Wochen weitere Unterstützung bewilligt. — Ein Antrag auf Gewährung von Nothfall-Unterstützung für das Mitglied 34 740 Berlin II wird abgelehnt. — In Unterstützungssache 16 862 Oberhohndorf wird Vertagung und Recherche beschlossen. — Dem Mitglied 7366 Wegesack wird Unterstützung am Ort bewilligt. — Zur Erhaltung des Arbeiter-Sekretariats in Kronach werden für das laufende Jahr, 3 Mk. wöchentlicher Zuschuß bewilligt, nachdem das dortige Gewerkschaftskartell erklärt hat, für das nächste Jahr auf diesen Zuschuß nicht mehr zu reflektieren. — Dem Mitgliede 11 619 Sorgau wird anheimgegeben, seine Angelegenheit der Zahlstellen-Versammlung zu unterbreiten; im übrigen lehnt es der Vorstand ab, daß sich das Mitglied einer anderen Zahlstelle anschließen darf. Zwei Urteile des Gewerbegerichts Köln, sowie eine Zuschrift der Zahlstelle Untermhaus werden zur Kenntnis genommen. — Im Anschluß an einen Bericht über den Stand des Arbeitsnachweises in Weißwasser, wird dem Arbeitsvermittler empfohlen, seine Erfahrungen der Zahlstelle zu unterbreiten. — Ein Antrag auf Befreiung von den Extrabeiträgen für das Mitglied 26 768 Bohlenstrauch wird abgelehnt. — Dem Mitglied 33 968 Lettau wird der beantragte Rechtsschutz bewilligt. — Die Sperre über die Firma Lohmann, Düsseldorf wird aufgehoben. — Der beantragten Gründung von Zahlstellen in Ludwigshurg und Wesel wird zugestimmt. — Dem Mitglied 31 526 Kolmar wird die Straf-Karenzzeit auf Antrag der Zahlstelle um 1 Jahr gekürzt. — Eine Beschwerde des Mitgliedes 14 106 Wickersweiler gegen den Verbandskassierer wird als unbegründet zurückgewiesen. — In Beantwortung

einer diesbezüglichen Zuschrift soll dem Vorstand des österreichischen Porzellanarbeiter-Vereins mitgeteilt werden, daß die moralische Verpflichtung zur Rückzahlung des Darlehens, den Porzellanarbeitern Österreichs unsererseits auferlegt werden muß. Es muß diesen überlassen bleiben, sich mit den aus der früheren Union hervorgegangenen Berufsverbänden abzufinden, sofern die letzteren sich an der Deckung der Schuld nicht beteiligen wollen, wie dieses auf dem Antonstage, welcher die Auflösung beschloß, vereinbart worden ist — da sich ein Neudruck von Beitrags-Quittungsbüchern erforderlich macht, wird einem diesbezüglichen Vorschlag des Bureaus entsprechend beschloffen, einige zweckmäßige Änderungen an den Büchern vorzunehmen.

G. Wolmann,  
Vorsitzender.

J. Schneider,  
Schriftführer.

### Einen Vorschlag betr. des Beihilfefonds\*)

ersucht uns ein Mitglied in Nachfolgendem den Kollegen zu unterbreiten: Nachdem, was bisher über den Beihilfefonds schon gesprochen und geschrieben wurde, glaubte man annehmen zu können, daß doch ein Weg gefunden worden sein müßte, um den Beihilfefonds stärkend unter die Arme greifen zu können. Aber vergeblich waren bisher alle Mühen. Wir sehen die Kassenbestände und die Zahl der Mitglieder immer mehr abnehmen trotz der besten Anträge, trotz Extrabeiträgen. Werden nun die Anträge des Vorstandes im Stande sein, den Beihilfefonds zu halten? Daß die Anträge des Vorstandes angenommen werden, setze ich als selbstverständlich voraus, da doch unbedingt Hand angelegt werden muß, um den Fonds vor der Auflösung zu schützen. Wenn wir aber durch Agitation den Beihilfefonds stärken wollen und müssen, so gibt es jetzt wohl keine schwierigere Agitation als diese. Das werden mir wohl Alle, auch die besten Agitatoren zugeben müssen. Wir werden keine oder ganz winzige Erfolge zu verzeichnen haben, bevor wir nicht ein gesundes Verhältnis im Beihilfefonds wieder geschaffen sehen. Da nun schon so viele Anträge und Vorschläge gestellt und gemacht wurden, so möchte ich dem Vorstand sowie den Zahlstellen folgendes unterbreiten: Wäre es nicht möglich, daß sich der Beihilfefonds mit einer anderen Zuschuß- oder freien Hilfskasse verbinden könnte? Der Vorstand müßte sehen, Mittel und Wege zu finden, um eine Verschmelzung herbei führen zu können. Wir sehen jetzt schon, daß sich Mitglieder vom Beihilfefonds abmelden und in andere Kassen übergehen. Dann aber sind wir es unseren alten Mitgliedern schuldig, welche jahrelang hineingezahlt haben, aber das aufnahmefähige Alter überschritten haben, den Uebertritt in eine andere Kasse zu ermöglichen. Wie ich schon anfangs betonte, wird der Beihilfefonds durch die Anträge des Vorstandes wieder lebensfähig werden oder nicht? Die Herabsetzung der Beihilfe sowie Extrabeiträge sind es nicht allein, welche die Mitglieder beunruhigen, nein, sondern das Verlustiggehen der Rechte, welche sie durch jahrelanges Zahlen erworben haben und dann bei nicht erwarteter Auflösung der Not preisgegeben sind, weil Sie in eine andere Kasse nicht aufgenommen werden können. Ich ersuche die Zahlstellen sich auch mit diesem Vorschlag zu befassen, damit wir unsere alten Mitglieder vor Not schützen können. Genossen! Diskutiert auch über diesen Vorschlag, gedenkt, wir wollen ja Alle nur das Beste.

### Aus unserem Berufe.

**Berlin II.** Vor kurzem befanden sich die Kollegen der Firma Böhme (vormals Galland) in Differenzen mit dem Arbeitgeber, doch wurde durch das Eingreifen der Lohn-

kommission ein Vergleich erzielt und versprochen der Firmeninhaber in Zukunft nur Leule durch den Arbeitsnachweis einzustellen, also durch Annoncen niemanden mehr nach hier zu ziehen. Wie jedoch mitgeteilt wird, scheint sich der Herr Böhme gar nicht mehr an jene Abmachungen zu erinnern, denn entgegen diesen sucht er fortwährend nach Malern und besonders in den im nordböhmischen Industriebezirk erscheinenden Blättern sind seine Inserate öfters zu finden. Der Grund dafür dürfte wohl der sein, daß die bei ihm beschäftigten organisierten Kollegen ihm nicht mehr gefügig genug zu sein scheinen, um etwaige Lohnreduzierungen ruhig hinzunehmen. Hierbei sei bemerkt, daß die Löhne bei Böhme den hierorts geltenden Minimallohn nicht nur nicht übersteigen, sondern denselben auch vielfach nicht einmal erreichen.

Bevor ein Kollege bei Böhme anfängt, wird er über die Preise verschiedener Artikel befragt, welche in seinen früheren Arbeitsstellen bezahlt wurden. Wenn nun, was ja leicht möglich ist, da gerade in der Hohlglasbranche wir noch nicht den nötigen Einfluß auf die Kollegen besitzen, es sich erweist, daß ein Artikel wo anders billiger hergestellt wird als bei ihm, so benützt Böhme den Hinweis auf die Konkurrenz, um gleichfalls seine Löhne herabzudrücken. Der Herr vergißt, daß der von uns festgesetzte Lohn schon der minimalste ist, um unter den hiesigen Verhältnissen überhaupt leben zu können und daß einige junge Kollegen von auswärts gerade so lange bei der Firma Böhme arbeiteten, als ihre Sparmittel reichten. Ein verheirateter Kollege hat die Arbeit gar nicht erst aufgenommen, sondern ist gleich wieder abgereist. Besonders verweist Herr Böhme viel auf die Konkurrenz der Firma Pfifferling (Leipzig) und hat er sich schon geäußert, daß er beim Besuch der Leipziger Messe sich Maler von Leipzig mitbringen wolle. Wenn es auch bedauerlich ist, daß die Kollegen in Leipzig der Organisation so interesselos gegenüberstehen — die Folge davon ist, daß bei Pfifferling Löhne von 12 bis 22 Mk. verdient werden — so glauben wir doch nicht, daß sich ein einziger Leipziger Maler zum Lohndrücker hergeben wird. Vielleicht bewirkt diese Zeilen, daß die in Leipzig beschäftigten Kollegen ihren bisherigen Indifferentismus aufgeben, sich sämtlich der Organisation anschließen und mit ihren Berliner Kollegen Fühlung nehmen, um solchen unwürdigen Zuständen ein Ende zu bereiten.

**Gaggenau.** Wie uns berichtet wird, drohen bei der Firma Bergmann's Industriewerke G. m. b. H. Gaggenau, Differenzen. Die Kollegen (Emaille-, Schrift- und Dekorierer) werden daher gut tun, diese Zeilen zu beachten und Zuzug nach dort vermeiden.

**Aus Mannheim** kommen über die Rheinische Porzellanfabrik (Geschäftsführer Sterner) Klagen, die nur eine Wiederholung alter Uebelstände in jener Fabrik zu sein scheinen. Da wir des Näheren auf die dortigen Zustände noch zu sprechen kommen werden, sei den Kollegen, die möglicherweise Lust haben, den Inseraten obiger Firma in den beiden Arbeitgeberblättern Folge zu leisten, bekannt gegeben, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Rheinischen Porzellanfabrik durchaus keine glänzenden oder zufriedenstellende sind. Der Lohn wird von dortigen Kollegen als zu gering im Verhältnis zu den mannhaimer Lebensmittelpreisen bezeichnet. Die Kündigungsfrist ist für jeden Arbeiter beinahe eine andere. Der Wechsel ist stark. Die Kollegen tun demnach gut, recht vorsichtig bei Arbeitsannahme zu sein.

**Schlterbach.** „Es gelingt auch gar nichts mehr“, wird man sich in Schlterbach jetzt an gewisser Stelle sagen. Die ausständigen Arbeiter sind ruhig und sehen den kommenden Dingen gelassen entgegen, so daß selbst noch so unbegründete Denunziationen bei der Staatsanwaltschaft keinen Erfolg haben. Daß man an bestimmter Stelle sich schon lange bemühte, einigen unserer Kollegen eins auszuwischen, war uns bekannt. Umso erfreulicher berührt uns folgender Bericht über einen in der Hauptsache mißlungenen Denunziationsversuch der Schlterbacher fürstlichen Fabrikleitung: „Zwei Tage nach Ausbruch des Streiks unterhielten sich fünf streikende Arbeiter auf der Landstraße dicht vor ihrem Heimatdort. Da kamen an ihnen mehrere Arbeitswillige vorbei, die zur Seite traten, weil sie sich nicht der Gefahr eines Zusammenstoßes mit den Streikenden aussetzen wollten. Einer der Streikenden rief ihnen zu: „Pfui Teufel, da gehen Arbeiter, die ihren Kollegen in den Rücken fallen.“ Derselbe Arbeiter hat zwei anderen Arbeitswilligen, die später jene Stelle passierten, ebenfalls einige nicht gerade schmeichelhafte Worte zugerufen, die aber von den Arbeitswilligen noch viel derber beantwortet wurden. Die mündliche Verhandlung am 3. Februar vor der Strafkammer in Hanau ergab selbst nach den Aussagen der Arbeitswilligen, daß vier von den fünf Angeklagten gar nichts weiter getan hatten, als daß sie sich mit ihren Kollegen auf der Straße unterhielten; die Arbeitswilligen haben sie gar nicht beachtet; ja die als Zeugen vernommenen Arbeitswilligen erklärten auf eine ausdrückliche Frage des Staatsanwalts, daß sie sich auch gar nicht bedroht gefühlt hatten. Trotzdem erblickte der Staatsanwalt in dem Verhalten der Angeklagten eine — Nötigung!! Denn, so führte der Herr aus, es sei sicher, daß die Streikenden sich nur deshalb an jener Stelle aufgehalten hätten, weil sie eine Schlägerei mit den Arbeitswilligen herbei führen wollten; auch hätten ja die Streikenden diese Absicht insoweit ausgeführt, als sie die Arbeitswilligen genötigt hätten, ihnen — auszuweichen. Dieses Verbrechen sollten die Streikenden nach dem Antrage des Staatsanwalts mit drei Wochen Gefängnis büßen. Das Gericht konnte sich zu einer solchen Rechtsauffassung deun doch nicht emporschwingen, es sprach die Angeklagten von dieser Anklage frei, lehnte aber auch den Antrag der Verteidigung auf Erstattung der Verteidigungskosten ab, weil doch der Verdacht, daß die Streikenden etwas Böses gegen die Arbeitswilligen im Schilde geführt hatten, nicht ganz ausgeschlossen sei. — Wegen jener Beleidigungen wurde der erste unserer Kollegen zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.“ Wir werden, wenn uns das schriftliche Urteil vorliegt, auf diese Sache eingehender zurück kommen. — Vor allen Dingen können aber unsere kämpfenden Genossen sehen, daß sie nicht vorsichtig und ruhig genug gegen die Arbeitswilligen sein können! — Im übrigen sieht man von seiten der Behörde selbst ein, daß es überflüssig ist, zum Bergnügen ein starkes Gendarmieaufgebot in Schlterbach zu unterhalten und Dr. Ehrlich eine Leibgarde auf öffentliche Kosten zu stellen. Bis auf einen Gendarmen sind die Polizeimannschaften zurück gezogen. — Dr. Ehrlich wurde zum Fürsten nach Italien gerufen. Vorher ließ der Herr, sofern wir recht unterrichtet sind, die Beamten in der Fabrik ein Schriftstück unterzeichnen, nach dem es heißt, daß der fernere Betrieb unter den gegenwärtigen Zuständen gesichert sei. Wir werden uns auch durch diese Maßnahme nicht täuschen lassen und wenn den

\*) Wegen Raummangel verspätet.

Fürst die „Ausbauer“ seines Direktors noch nicht Geld genug gekostet hat, so kann uns das recht sein. Doch warten wir ab, was die nächste Zeit bringt. Unsere Kämpfer halten aus und mit ihnen alle denkenden Kollegen.

**Znaim.** Noch immer hält der Zustand unserer Kollegen bei den Firmen Dittmar und Steidl an. Trotz des Ernstes der Lage und der Schwere, den dieser Kampf unseren österreichischen Genossen auferlegt, fehlt es nicht an erheiternenden Momenten. So rüstete die Firma Dittmar zwei ihrer Trabanten, den Arbeitswilligen Jacob Bez und das Schreiberlein Pöck aus, auf den Streikbrecherfang nach Deutschland zu ziehen. Beide bekamen einen Beutel mit 2000 Kronen in die Hand gedrückt und die Reise konnte los gehen. Sakra! War das ein Leben für die beiden Schlepper! Mit hoffnungsgeschwellter Brust ging's nach Börnewitz-Meißen. Durch vieles Reden und noch mehr Trinken wurde endlich eine Schar von Arbeitswilligen gewonnen. Großmütig schloß Pöck für seine Mannen außer den gewöhnlichen Zechen auch noch die alten Kneipshulden und in fröhlichem Braus ging die Reise wieder nach Znaim. Doch nur bis Dresden hielten die Bande zwischen Pöck, Bez und den neugeworbenen Arbeitswilligen. Während Pöck in Dresden Villetta zur Weiterfahrt löste, verschwanden die Begleitmannschaften und mit langem Gesicht, leerem Beutel und geknickten Hoffnungen zog das Schreiberlein wieder in Znaim ein. — Da es der Firma Dittmar nicht gelingt, genügend Ersatzkräfte heran zu ziehen, so sehen unsere naimmer Kollegen mit Recht hoffnungsvoll dem Kommenden entgegen. Nach wie vor ist es jedoch auch für die deutschen Kollegen: Bleibt fern von Znaim!

## Soziales, Gewerkschaftliches etc.

\* Ein Bergarbeiterausstand. In Oberhausen hat die gleichbenannte Zeche eine Arbeitszeitverkürzung und sonstige Verschlechterungen für die Bergarbeiter angeordnet, welcher sich erklärlicherweise darob eine starke Erregung bemächtigte. Trotz nochmaliger Bemühungen einer von den Bergleuten delegierten Kommission hat die Zechenverwaltung einen Teil dieser Maßnahmen zur Tat werden lassen, so daß ein Streik — für welchen etwa 1500 Bergleute in Betracht kämen — nicht ausgeschlossen ist. Der Bergarbeiterverband sowohl wie die Brunsche Organisation sind sich einig in der Abwehr dieser Anschläge, wüßten aber noch einen gemüthlichen Ausgleich herbeizuführen, auch dieser Ausgleich schlug fehl und erst dem Dazwischentreten der Bergbehörden gelang es, die Direktion zur Rücknahme ihrer Anordnung zu bewegen, so daß noch in letzter Stunde der Ausbruch eines Dampfes, dessen Folgen nicht abzusehen waren, vermieden wurde.

## Versammlungsberichte etc.

t. **Berlin II.** Die Zahlstellen-Versammlung vom 28. Januar war von zirka 100 Personen besucht. Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und wünscht, daß auch im neuen Jahre der Versammlungsrath ein recht reger sein und die Zahlstellen in ihrem erfreulichen Wachstum fortschreiten möge. Sodann gedenkt der Vorsitzende in anerkennenden Worten des verstorbenen Kollegen Braunschweig und hebt sich die Versammlung zu Ehren desselben an den Plätzen. Hierauf wird berichtet, daß einem Mitglied, welches mit Umgehung des Arbeitsnachweises seine Stellung gewechselt hat, auf Antrag der Verwaltung vom Vorstand eine Straffenzzeit von einem Jahre auferlegt worden ist. Mit einer anderen Firma mußte sich die Lohnkommission beschäftigen, weil dieselbe einen Teil ihrer Arbeiten aus dem Hause giebt und von verschiedenen dieser heimarbeitenden Beschwerden über die ungenügende Bezahlung der betreffenden Artikel eingegangen sind.

Die Lohnkommission hat nach mehrmaligen Versammlungen keinen Anlaß gefunden, gegen die Firma vorzugehen und empfiehlt im Gegenzug zu den gestellten Anträgen, „den Arbeitsnachweis für die Firma zu sperren“, „und kein Mitglied soll gezwungen werden können, Heimarbeit anzunehmen“, es bei den bisherigen Bestimmungen zu lassen. Die gestellten Anträge werden nach längerer Diskussion abgelehnt. Um ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen und unsere, durch den Arbeitsnachweis errungenen Vorteile zu wahren, hatte im verfloffenen Jahre die Lohnkommission mit den Zahlstellen Moabit und Charlottenburg Verhandlungen angeknüpft, welche bezweckten, daß die wenigen, in den betreffenden Zahlstellen in Betracht kommenden Maler, der Zahlstelle Berlin II angegliedert werden sollten. Während die Zahlstelle Berlin-Moabit diesem Uebereinkommen nachgekommen ist, hatten die Verhandlungen mit Charlottenburg ein negatives Resultat. Um unliebsame Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern, schlägt die Lohnkommission vor, folgenden Antrag bei dem Hauptvorstand zu stellen: „Alle Mitglieder der umliegenden Zahlstellen, welche den Arbeitsnachweis mit denselben Rechten, wie die Mitglieder von Berlin II benutzen wollen, sind verpflichtet, Sitzungs-Einladungen, welche die Lohnkommission oder die Verwaltung an sie ergehen läßt, Folge zu leisten.“ Zur Begründung wird ausgeführt, daß es notwendig sei, daß, wenn sich unsere Berufsverhältnisse nicht verschlechtern sollten, die Lohnkommission die Kontrolle über sämtliche hier in Arbeit stehenden Kollegen ausüben muß, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich ist. Dieser Antrag wird angenommen. Es folgt nunmehr der Bericht des Arbeitsnachweises für das 4. Quartal 1908, welchem zu entnehmen ist, daß in diesem Quartal die Arbeitslosigkeit noch eine recht hohe war. Arbeitslos waren 54 Mitglieder, darunter 10 Kollegen zweimal und 3 Kollegen dreimal. Offene Stellen waren angemeldet 36, welche sämtlich besetzt wurden. Den Jahresbericht des Nachweises ist folgendes zu entnehmen. Arbeitslose Mitglieder waren 153. Offene Stellen waren 142 vorhanden. Von den letzteren wurden besetzt 132, nicht besetzt 10, während 32 Arbeitslose selbst Beschäftigung fanden. Abgereist sind 4 und 8 wegen Nichtbefolgung der Bestimmungen gestrichen. Die Zahl der ausgefallenen Arbeitstage beträgt 2805 mit einem Lohnverlust von 11525 Mk. Die Ausgaben des Arbeitsnachweises betragen insgesamt 168,54 Mk., so daß die Kosten jeder vermittelten Stelle sich auf 1,27 Mk. stellen. In seinem Bericht führt der Arbeitsvermittler Beschwerde, daß es noch immer Malereien gibt, welche den Arbeitsnachweis nicht benutzen, trotzdem sich dort Mitglieder von uns befinden, ferner rügt er, daß die Kollegen häufig die angewiesene Stellung nicht sofort antreten. Der Vertrauensmann berichtete, daß wir mit den Ergebnissen des verfloffenen Jahres durchaus zufrieden sein können, soweit die Zahlstelle selbst in Betracht kommt. Er beklagte, daß die Institution des Vertrauensmannes für Berlin zu unselbständig sei, indem derselbe nur mit Genehmigung von Verwaltung und Lohnkommission etwas unternehmen dürfe. Auf seine energischen Vorstellungen ist er wohl zu den Sitzungen der Agitationskommission für den ersten Bezirk herangezogen worden, die Tätigkeit derselben könne sich jedoch nicht auf Berlin erstrecken. Die in der Gippsfigurenbranche beschäftigten Maler, meistens Italiener, zu organisieren, ist nur zum Teil gelungen. Augenblicklich seien Verhandlungen im Gange die in der Schildermaleret beschäftigten Maler bei uns zu organisieren. Es ist dies jedoch weniger das Verdienst der Lohnkommission, als das einiger Kollegen in der Schildermalerbranche. Die Gewinnung der in der Lokalorganisation gewesenen Bleiglaswerker, als auch die Agitation unter den weiblichen Arbeiterinnen mußte zurückgestellt werden. Dem beifällig aufgenommenen Bericht folgte eine kurze Diskussion.

s. **Charlottenburg.** Die Zahlstellenversammlung vom 16. 1. 04 beschäftigte sich insbesondere mit der Zahlung der Extrabeiträge. Es entspann sich hierüber eine längere Diskussion, in welcher anerkannt wurde, daß es zur Zeit unbedingt notwendig erschien, Extrabeiträge zu erheben. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß alle Mitglieder moralisch verpflichtet sind, die Organisation nicht im Stich zu lassen und ihr nicht den Rücken zu kehren, sondern noch fester und opfermüthiger ihr treu zur Seite zu stehen, um so alle Anfechtungen seitens der Unternehmer mit Erfolg parieren zu können. Folgende Resolution wurde von der Versammlung eingebracht und angenommen. „Die heutige Zahlstellenversammlung ist mit dem Vorgehen des Vorstandes voll und ganz einverstanden und erkennt an, daß es unbedingt notwendig war, Extrabeiträge zu erheben. Hoffen wir, daß die andern Zahlstellen dieselbe Meinung besitzen und für unsere ausgesperrten Mitglieder mit voller Kraft eintreten.“

s. **Kronach.** Am Sonnabend, den 23. Januar hielt die hiesige Zahlstelle eine außerordentliche sehr gut besuchte Versammlung mit folgender Tages-

ordnung ab. Der Kassierer erbat zunächst das Wort und schilderte, daß zwei arbeitslose Kollegen zu unterstützen sind, welcher Betrag jedoch nicht allwöchentlich durch Beiträge eingezahlt wird. Um Ausbesserung bei unserem Hauptkassierer kann ich aber nicht eher bitten, als bis ich einen ordentlichen Abschluß einsehende. Dies ist zudem aber nicht notwendig, wenn die Kollegen im Interesse unserer arbeitslosen Genossen etwas pünktlicher ihre Beiträge begleichen. Ich bitte deshalb alle Genossen, die bei mir um Stundung nachgesucht haben, sowie diejenigen, die alle 4 oder 6 Wochen bis jetzt ihre Beiträge bezahlten, diese alle Woche oder alle 14 Tage zu entrichten. Hierauf nahm Genosse Seemann zu den Extrabeiträgen das Wort. Zunächst ersuchte er die Unterkassierer, in Anbetracht unserer Kämpfe auf dem Posten zu sein und ihre Pflicht zu tun. In jedem Arbeitsraume wünschte er einen tüchtigen Genossen, der es sich zur Aufgabe stellt, allwöchentlich oder alle 14 Tage die Genossen zu ersuchen ihrer Pflicht unseren ausgesperrten Genossen in Schillerbach und Zettau eingedenk zu sein. Es ist ihm zu Ehren gekommen, daß verschiedene Kollegen sich äußerten, ein derartiges Opfer nicht bringen zu können. „Werte Genossen! Das, was ich soeben gesagt habe, kann nicht von den Kollegen ernst gemeint sein. Ich habe die Ueberzeugung, daß bei einem niederen Verdienste die Einführung der Extrabeiträge ein Opfer bedeutet, aber wenn der Wille und die Liebe, das Gefühl, unseren kämpfenden Brüdern und Schwestern zu helfen vorhanden ist, dann ist auch die Möglichkeit dazu nicht ausgeschlossen. Bedenkt Genossen, daß, wohin ihr schaut, es sich um Machtkämpfe für die Unternehmer handelt. Die gemeinschaftlichen Kämpfe, die unser Verband nicht allein in letzterer Zeit geführt hat, sondern die er heute noch abzuwehren gezwungen ist, sind uns aufgedrungen worden. Ich erinnere an Neustadt, Kronach, Zettau und Schillerbach. Bei allen denen handelte es sich für die Arbeitgeber speziell darum, unsere Organisation zu erdrosseln, um uns gesetzlich anerkanntes Koalitionsrecht zu nehmen. Es sind das keine Streiks, die wir zu führen haben, sondern es sind Aussperrungen, also Kämpfe, bei denen wir doppelt Klassenbewußtsein und Solidaritätsgedühl zeigen müssen. Für das Unternehmertum gelten heute die Worte: „Ihr oder wir.“ Können wir da müßig die Hände in den Schoß legen? Nein, unsere Parole muß heißen, nicht Ich, sondern Wir.“ Aufseiten des Kapitals steht Polizei, Gendarmen, Behörden, Regierung und Gerichte zumeist ohne besonderes Verlangen. Müßigen wir da nicht doppelt Genossen sein? Seit dem 6. Juni 1908 kämpfen unsere tapferen Blontere in Zettau. Seit Anfang Oktober stehen die Schillerbacher Brüder und Schwestern im Kampf. Beides sind Aussperrungen; denn es soll die Freiheit des Arbeiters, das Recht des Proletariats, seine Existenz zu verbessern, nieder gezwungen werden. Für uns liegt die Frage vor, daß neue Kämpfe entstehen, wir müssen gerüstet sein. Eine Beendigung der bestehenden Kämpfe bedeutet eine Verzichtleistung auf unser Koalitionsrecht. Und wenn die organisierten Porzellanarbeiter auf Grund der uns aufgezwungenen Kämpfe ihre Pflicht tun, ja selbst durch die aufzubringenden Opfer Entbehrungen in den Kauf nehmen müssen, so weiß ich gewiß, daß diese von jedem zielbewußten Kollegen von Herzen gebracht werden. Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle ein Beispiel des Opfermuts zu geben. Bekanntlich müssen auch die im Kampfe stehenden Genossen „Extrabeiträge“ entrichten. Wenn man die geringe Unterstützung in der Höhe von 8, 10 und 12 Mk. wöchentlich bei den meisten im Auge behält, so ist das gewiß ein Opfer. Zettau hat zwei arbeitslose Genossen, die anderweitig arbeitslos geworden und ausgesteuert sind. Was haben die zettauer Aussperrten für einen Beschluß gefaßt? Jeder einzelne Kämpfer steuert von seiner ihm zu teil werdenden Unterstützung so viel wöchentlich, daß von den beiden „ausgesteuerten Mitgliedern“ jeder pro Woche 8 Mk. erhält. Ist Ihnen ferner nicht bekannt, daß eines Tags bei der Gewerkschaftskommission in Berlin ein „Arbeitsloser“ 70 Pfg. hinterlegte mit der Bemerkung „Gesammelt von 70 Obdachlosen“? Wenn solch Opfermut unter Proletariern vorhanden ist, dann gibt es auch für uns kein „Zurück“. Mit doppeltem Unterstützungsfleiß, Genossen, an die Arbeit, das soll und muß unsere Lösung sein. Ein zweites Beispiel für diejenigen, die bis jetzt nicht willens sind zu steuern, sondern dem Verband den Rücken kehren wollen: In einer Fabrik sind nach Arbeitsleistung die besten Kräfte organisiert. Sie weigern sich, wegen des geringen Verdienstes die Extrabeiträge zu entrichten und treten aus der Organisation aus. Der Arbeitgeber schmünzelt im Stillen über den Sieg den er so billig gewonnen hat. Nach kurzer Zeit erfolgt eine 10prozentige Lohnreduzierung. Eine erst kürzlich noch organisierte Truppe muß sich das gefallen lassen. Verbandsmitglieder sind sie nicht mehr, und wenn sie die Arbeit nieder legen, so müssen sie sich nach kaum 14 Tagen, durch Hunger geirrt, unterwerfen.

„Das Herr im Hause“ ist das Schlagwort der Unternehmer. Ja Genossen, und das Herr über unsere Arbeitskräfte soll unsere Antwort sein. Eine 10prozentige Lohnreduzierung bei einem Verdienstausfall von 150 Mk. wöchentlich, kommt einem Verdienstausfall von 1,50 Mk. wöchentlich gleich, der jahrelang getragen werden muß und die Worte „Wären wir unserer Organisation treu geblieben“ kommen leider zu spät. Genossen, darum geht mit freudigem Herzen das, was im Interesse unser aller notwendig ist. Es werden die Extrabeiträge nur für eine kurze Zeit notwendig sein. Bedenkt, daß auch die übrige Arbeiterschaft in dem Augenblicke, wo sie erfahren, daß die Porzellanarbeiter doppelte Beiträge zahlen, ihr Solidaritätsgefühl uns gegenüber erweisen wird. Beherzigt die Worte des Vorstandes: „Eine Beendigung der bestehenden Kämpfe bedeutet eine Verzichtsleistung auf unser Koalitionsrecht, und das können wir nicht.“ Allgemeiner Beifall wurde dem Genossen Seelmann zu teil. Genosse Schedel brachte eine Resolution ein mit der Bitte an die versammelten Genossen, über die hier verfaßte Resolution auch eine persönliche Abstimmung vorzunehmen. Die Resolution lautet: Die heute im Lokal Reichsadler anberaumte, außerordentliche Zahlstellenversammlung ist nach den tief zu Herzen gehenden kernigen Ausführungen des Genossen Seelmann überzeugt, daß die Erhebung der Extrabeiträge unbedingt notwendig ist und verpflichtet sich jeder einzelne Anwesende mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß auch alle nicht Anwesenden ausgerüstet werden, ihren Verpflichtungen gegen unsere im Kampfe stehenden Genossen nachzukommen. Auch an die übrige organisierte Arbeiterschaft richten wir die Bitte ein gleiches zu tun. Die Abstimmung ergab ein glänzendes Resultat. Sämtliche Anwesende versprachen, ihre Schuldsigkeit zu tun. Zur Abstimmung des Beihilfefonds ersuchte Genosse Peter Weber dieselbe bis zum 25. dieses Monats vorzunehmen, und wurde Genosse Eckstein beauftragt, die drei fehlenden Genossen hierzu zu veranlassen. Mit einem warmen Appell an die Versammelten schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

**o. Meißner.** Trotz Anzeig in der „Ameise“ trotz Zirkular, und auch der mündlichen Agitation, war es unmöglich, die Mitglieder in die am 16. Januar stattfindende so außerordentlich wichtige und interessante Versammlung zu bringen, nicht einmal ein Drittel der Mitglieder hatte es für notwendig gefunden, diese Versammlung zu besuchen. Der stört es vielleicht die meißner Porzellanerzunft, in diesem Lokal zu verkehren, wo die politische Partei die Interessen des werktätigen Volkes vertritt? Diese Bauheit der meißner Kollegen ist umsomehr zu tadeln, als ja auch vor kurzem erst hiesige Unternehmer bei der Köpfer-Ausperrung bewiesen haben, wie notwendig die hiesigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter es eigentlich haben, auf dem Posten zu sein. Ueber die Abstimmungs-Anträge zum Beihilfefonds entspann sich eine lebhaft Debatt und nach reiflicher Erwägung über den jetzigen Stand des Beihilfefonds, dessen Besserstellung auch nach Einführung der jetzt vom Vorstand geplanten Maßnahmen unseres Erachtens nach nicht zu erwarten steht, betrachtet die heute im „Turmhaus“ tagende Versammlung alle bisher angewendete und noch zu erwartende Maßnahmen zur Sanierung des Beihilfefonds als Palliativmittel, durch Anwendung derer es keineswegs möglich ist, den Beihilfefonds in geordnete Bahnen zu leiten. Das natürlichste Mittel, die Lebensfähigkeit des Beihilfefonds herbeizuführen, liegt nur in der Gewinnung neuer Mitglieder. Besteres ist sogar ausgeschlossen und die Agitation für den Beihilfefonds durch Antrag Altwasser, Erhebung von Extrabeiträgen und zu erwartende Kürzung des Sterbegeldes, bedeutend erschwert, ja fast unmöglich gemacht. Der Beihilfefonds geht also seinem sicheren Tode rasch entgegen. Die Zahlstelle Meißner schlägt vor, den Beihilfefonds aufzulösen und das vorhandene Vermögen der Verbandsklasse zu überweisen, im Verband die Einrichtung einer Krankenunterstützung zu treffen und zwecks dessen die Verbandsbeiträge entsprechend zu erhöhen. Eine weitere lebhaft Diskussion entsteht sodann über die Extrabeiträge. Von einzigen Kollegen wurde dieselbe mit ziemlich viel Unverständnis gefolgt; denn würden alle meißner Kollegen unser Verbandsorgan ordentlich und mit Ueberlegung lesen, dann müßten Sie wissen, wer uns zwingt Extrabeiträge zu zahlen. Daß uns nicht der Vorstand zwingt, sondern die Unternehmer. Haben wir nicht glänzende Beweise davon in unserm Berufsleben? Haben im vergangenen Sommer die Industriellen nicht gedroht, 2000 Mann auszusperrn, wenn die eisenberger Angelegenheit nicht erledigt würde? Zum Krieg gehört aber Munition und unsere Munition heißt Streikmarken kaufen und Extrabeiträge zahlen. Schaut hinüber zu den Heldenkämpfern von Grunmutschau, seht Euch die Köpfer Meißners an, sind das nicht die schwersten Attentate, die auf die Arbeiterschaft ausgespielt werden? Vielleicht wird es nicht lange dauern und wir be-

kommen mit den Unternehmern einen Reigen zu tanzen, zu welchem Leitau und Schlerbach nur Vorposten-Gefechte sind. Mögen die paar Kollegen, die nicht zahlen wollen, uns den Rücken kehren, denn dadurch werden wir andern fester zusammenhalten. Darum auf Kollegen, haltet jetzt aus und die Zukunft gehört uns.

### Adressen-Nachtrag.

**Altwasser.** Vorf. Emil Stelzer, Maler, II. Bezirk 29 c (Promenade).  
**Schriftf.:** Eduard Herzog, Maler, II. Bezirk 29 c (Promenade).  
**Kass.:** Paul Schütze, Dreher, I. Bezirk 27 b.  
**Beil.:** Herrmann Schmidt, Dreher, II. Bezirk 87.  
**Wilhelm Werst,** Dreher, II. Bezirk 34. Max Göbel, Maler, II. Bezirk 9.  
**Rev.:** Heinrich Täsler, Dreher, III. Bezirk 12 c.  
**August Barisch,** Rapseldreher, I. Bezirk 12 a. **Wilh. Melchner,** Maler, III. Bezirk 8 b.  
**Bibliothekar:** Anton Vill, Maler, I. Bezirk 10 b.  
**Agitationskommission:** Theodor Krüger, Dreher, II. Bezirk 20 a. **Richard Hübnner,** Dreher, I. Bezirk 7.  
**August Ulrich,** Maler, III. Bezirk 40 b.  
**Sausen.** Schriftf.: Pantraz Schug, Staffelftein.  
**Sorau.** Rev.: Wilhelm Turschner, Dreher, Gilpach 2 b.  
**Weißwasser.** Rev.: Arthur Ahlendorf, Dreher, Mustauerstr. 11.

### Versammlungskalender.

**Annaburg.** Sonnabend, 13. Februar, abends 8 Uhr im Vereinslokal (Herm. Beck). Vortrag des Gen. Schneider-Charlottenburg über: „Was lehren uns unsere Kämpfe?“ Nichtmitglieder haben Zutritt. Um eine rege Agitation der Mitglieder zu dieser Versammlung wird gebeten.  
**Berlin-Moabit.** Montag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei Pfarr, Quilitzstr. 10.  
**Berlin II.** Sonnabend, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8. Versammlung. Tagesordnung: Geschäftliches, Kassenbericht, Verschiedenes.  
**Blaunhain.** Sonnabend, 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei Tröbers.  
**Charlottenburg.** Sonnabend, 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus.  
**Goldk.** Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im goldenen Kreuz.  
**Gisenberg.** Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 1/2 im Sambrinus.  
**Frankfurt a. M.** Sonnabend, 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr im Lokal G. Vierheilig in Sachsenhausen große Mittergasse. Wegen wichtiger Tagesordnung sämtlich erscheinen.  
**Fürstberg a. D.** Montag, d. 15. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung, bei Schleichner.  
**Gotha.** Sonnabend, 13. Februar, abends 8 Uhr im Restaurant zur Erholung.  
**Geschwenda.** Sonntag, 14. Februar, nachm. 3 Uhr, im Vereinslokal. Quartalsabschluss. Sämtliche Bibliotheksbücher sind in dieser Versammlung abzugeben.  
**Gräfenhal.** Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im Schlehhaus.  
**Hahla.** Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im Rosengarten.  
**Holmar.** Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 Uhr im Vereinslokal. Erscheinen Aller dringend notwendig.  
**Langwieschen.** Sonntag, 14. Februar, nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Sämtliche Reste sind bis dahin zu begleichen, da der Abschluß unbedingt am Dienstag, den 16. d. Mts. fertig gestellt wird. Auch werden diejenigen Mitglieder, welche noch Bibliotheksbücher aus dem Jahre 1903 in den Händen haben, aufgefordert, dieselben abzuliefern.  
**Magdeburg-Neustadt.** Sonnabend, 13. Februar, abends 8 Uhr bei Bartels, Fabrikstraße.  
**Mannheim-Räfertal.** Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 Uhr im Gasthaus „Mainzer Hof“, Räfertal. Die Mitglieder werden ersucht zahlreich zu erscheinen.  
**Martinroda.** Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Thüringer Wald“. Bester Termin zum Quartalsabschluss.  
**Oberhausen.** Sonnabend, 13. Februar, abends 8 Uhr Zahlstellenversammlung.  
**Markt-Redwitz.** Sonnabend, 13. Februar, abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“ (S. Lang). Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.  
**Oberlind.** Montag, 15. Februar Versammlung. Erscheinen aller notwendig.  
**Selb.** Sonntag, 14. Februar, nachmittags 3 Uhr im „Ludwigskeller“. Erscheinen aller notwendig.  
**Stadtilm.** Sonnabend, 13. Februar im Gasthof „Zum Schloß“.

**Regensburg.** Sonntag, 21. Februar bei Dechant.  
**Uhlstädt.** Sonnabend, 13. Februar, abends 8 Uhr bei Pfister.  
**Untermhaus.** Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 Uhr im Restaurant „Waldhorn“.  
**Bohenstrauß.** Sonnabend, 13. Februar im Vereinslokal. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.  
**Burggrub.** Zum Sonnabend, den 13. Februar wird der Abschluß für das 4. Quartal 1903 fertig gestellt.  
**Der Kassierer.**

**Sausen.** Die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen noch weit rückständig sind, bitte ich sie diese bis zum 14. Februar zu begleichen.  
**Anton Säunmer,** Kassierer.

**Röppelsdorf.** Wegen Uebergabe der Kasse werden die Mitglieder ersucht, ihre Reste bis zum 14. Februar zu entrichten, da der Abschluß bis dahin bestimmt fertiggestellt wird.  
**Der Kassierer.**

**Blau.** Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr

### Monats-Versammlung

im Restaurant „Zum Adler“. Wichtige Tagesordnung. Um zahlreiches Besuch bittet  
**Die Verwaltung.**

**Sorau.** Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnisnahme, daß ich Unterstützung nur in meiner Wohnung auszahle, Wochentags von 12 bis 1 Uhr mittags und von 7 bis 8 Uhr abends, Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags, in derselben Zeit nehme Beiträge entgegen.  
**Hugo Gütter,** Kassierer.

**Untermhaus.** Ersuche die Mitglieder, ihre Reste vom 4. Quartal 1903, bis spätestens Sonnabend, den 13. Februar, zu begleichen. Diejenigen, welche ihre Statistik noch in Händen haben, ersuche ich, dieselbe sofort an mich abzugeben. Auch bitte ich, sämtliche Quittungsbücher bis dahin abzugeben.  
**Otto Schnade,** Kassierer.

### Arbeitsmarkt.

Die Stelle ist besetzt.  
**A. I. Materl,**  
 Porzellan-Malerei-Handlung, Zürich I, Schweiz.

### Junger Maler,

vorzugsweise für Farbschrift auf Schilder, sowie Monogramme, Rand, Staffage und Federzeichnung sucht Stellung. Selbiger war schon zeitweise auf Glas und Emaille tätig und radiert auch Stahlplatten. Gesl. Offerten unter **M. R.** an die Red. dieses Blattes.

### Goldschmiede, sowie goldhaltige Lappen, Plüsch, Paletten, Glasfen, Näpfe u. s. w. werden

ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt  
**H. Haupt, Dresden-A.**  
 Hammerstr. 12.

### Alle goldhaltigen Sachen



**Goldschmiede,**  
 verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung  
**Emil Böhme, Eisenberg S.-A.**  
 Man verlange Prospekt. Alostos Geschäft dieser Art.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: Fritz Bietzsch, Charlottenburg, Rosinenstraße 3. Druck u. Verlag: Otto Goerke, Charlottenburg, Ballstr. 69.

# Rechnungs-Abschluß

der Hauptkassen des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter pro 4. Quartal 1903.

Einnahme	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fond		Kautions- kasse		Ausgabe	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fond		Kautions- kasse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
An Kassenbestand p. 3. Quart. 1903	20 485	13	—	—	490	37	4	57	Per Aushilfe an die Zahlstellen .	50 957	06	—	—	2 781	49	—	—
" Einwendungen der Zahlstellen	15 503	13	8 905	30	4 035	21	—	—	" Gerichts- u. Rechtsanwaltskosten	26	80	—	—	—	—	—	—
" Privatabonnements . . . . .	—	—	17	64	—	—	—	—	" Zuschuß an die Organkasse .	—	44	—	—	—	—	—	—
" Inserate . . . . .	—	—	191	80	—	—	—	—	" Beiträge an die Generalkom- mission	652	32	—	—	—	—	—	—
" Kautionen . . . . .	—	—	—	—	—	—	704	21	" Reisegelder und Diäten . . .	1 006	95	—	—	—	—	—	—
" Verkaufte Wertpapiere . . . .	13 720	80	—	—	—	—	—	—	" Agitation . . . . .	116	39	—	—	—	—	—	—
" Zurückgezahlte Unterstützung .	19	61	—	—	—	—	—	—	" Druckkosten der „Ameise“ . .	—	—	2 652	95	—	—	—	—
" Zuschuß aus der Verbandskasse	—	—	—	44	—	—	—	—	" Autorenhonorar . . . . .	—	—	94	—	—	—	—	—
" Sonstige Einnahmen . . . . .	6	50	—	—	—	—	—	—	" Zeitungsabonnement . . . . .	—	—	10	98	—	—	—	—
									" Expeditionsporto . . . . .	—	—	776	10	—	—	—	—
									" Kautionen . . . . .	—	—	—	—	—	—	286	33
									" Gehälter . . . . .	1 950	—	500	—	—	—	—	—
									" Schreibhilfe . . . . .	216	40	—	—	—	—	—	—
									" Sitzungsentwädigung . . . . .	183	30	—	—	—	—	—	—
									" Porto . . . . .	183	60	12	86	—	—	—	—
									" Bureau-Utensilien . . . . .	22	50	—	—	—	—	—	—
									" Bureaubedarf und -Material	514	—	—	—	—	—	—	—
									" Drucksachen . . . . .	33	50	—	—	—	—	—	—
									" Buchbinderarbeiten . . . . .	65	—	—	—	—	—	—	—
									" Packmaterial . . . . .	—	—	35	95	—	—	—	—
									" Bureauutete . . . . .	118	75	—	—	—	—	—	—
									" Bureaureinigung . . . . .	63	10	—	—	—	—	—	—
									" Beleuchtung . . . . .	13	34	—	—	—	—	—	—
									" Versicherungsbeiträge . . . .	109	10	26	34	—	—	—	—
									" Sonstige Ausgaben . . . . .	5	—	6	—	—	—	—	—
Summa . . . . .	49 735	17	4 115	18	4 525	58	708	78	Summa . . . . .	56 237	55	4 115	18	2 781	49	236	33
Mehrausgabe . . . . .	6 502	38	—	—	—	—	—	—	Saldo . . . . .	—	—	—	—	1 744	09	472	45
Summa . . . . .	56 237	55	4 115	18	4 525	58	708	78	Summa . . . . .	56 237	55	4 115	18	4 525	58	708	78

Gesamt-Vermögen	Verbandskasse		Organkasse		Beihilfefond		Kautionskasse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
3% Reichsanleihe . . . . .	25 000	—	—	—	2 000	—	5 000	—
3 1/2% Reichsanleihe . . . . .	—	—	—	—	—	—	2 200	—
Darlehen an den böhmischen Verband	7 766	16	—	—	—	—	—	—
Kassenbestand der Hauptkassen	—	—	—	—	1 744	09	472	45
Kassenbestand der Zahlstellen . . . .	7 459	78	—	—	2 956	46	—	—
Summa . . . . .	40 225	89	—	—	6 700	55	7 672	45
Ab Mehrausgabe . . . . .	6 502	38	—	—	—	—	—	—
Summa . . . . .	33 723	51	—	—	6 700	55	7 672	45

Zahlstellen am Schluß des 3. Quartals . . . . . **141**      Revidiert und für richtig befunden.      Charlottenburg, den 1. Januar 1904.  
 Mitgliederzahl am Schluß des 3. Quartals . **3404**      Charlottenburg, den 16. Januar 1904.      Wilhelm Serben,  
 Mitgliederzahl des Beihilfefonds . . . . . **1780**      Carl Munt.      H. Jacob.      Verbandskassierer.

## Rechnungs-Abschluß des Streikfonds pro 4. Quartal 1903.

Einnahme	Mk.	Pf.	Ausgabe	Mk.	Pf.
An Bestand vom 3. Quartal 1903 . . . .	4 680	53	Per Unterstützung nach Lettau . . . . .	4 613	16
Einwendungen . . . . .	7 486	33	" " " Schlierbach . . . . .	1 712	—
			" " " Fretenorla . . . . .	26	25
			Summa . . . . .	6 351	41
			Bestand . . . . .	5 815	95
Summa . . . . .	12 167	86	Summa . . . . .	12 167	86

Revidiert und für richtig befunden.      Charlottenburg, den 1. Januar 1904.      Wilhelm Serben, Verbandskassierer.  
 Charlottenburg, den 16. Januar 1904.      Carl Munt.      H. Jacob.

# Rechnungs-Abschluß

der Hauptkassen des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter pro 1903.

Einnahme	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fond		Kautions- kasse		Ausgabe	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fond		Kautions- kasse			
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		
An Kassenbestand pro 1902	5055	19	—	—	—	—	1587	41	Per Mehrausgabe v. Jahre 1902	—	—	—	—	2095	45	—	—		
" Einwendungen der Zahlstellen	64481	59	14394	73	12395	63	—	—	" Aushilfe an die Zahlstellen	87684	19	—	—	11868	54	—	—		
" Privatabonnements	—	—	652	01	—	—	—	—	" Unterstütz. a. and. Gewerkschaft	800	—	—	—	—	—	—	—		
" Ingerate	—	—	419	80	—	—	—	—	" Gerichts- und Rechtsanwalts- kosten	32	90	—	—	—	—	—	—		
" Kautionen	—	—	—	—	—	—	2961	86	" Unterstützung an den öster- reichsch. Verband zurückgez.	78	92	—	—	—	—	—	—		
" Zinsen	1365	—	—	—	240	—	167	—	" Zuschuß an die Organkasse	1678	18	—	—	—	—	—	—		
" Verkaufte Wertpapiere	27601	60	—	—	7259	50	—	—	" Beiträge an die Generalkom- mission	1188	86	—	—	—	—	—	—		
" Zurückgezahlte Rechtschutz- kosten	976	98	—	—	—	—	—	—	" Reisegelder und Diäten	2656	77	—	—	—	—	—	—		
" Zurückgezahlte Unterstützung	253	87	—	—	—	—	—	—	" Agitation	439	01	—	—	—	—	—	—		
" Zuschuß aus der Verbandskasse	—	—	1678	18	—	—	—	—	" Verwaltungskosten pr. 1902	—	—	—	—	4157	15	—	—		
" Verwaltungskosten vom Bei- hilfefonds pro 1902	4157	15	—	—	—	—	—	—	" Druckkosten der „Ameise“	—	—	11632	65	—	—	—	—		
" Generalversammlungs-Proto- koll	4	20	—	—	—	—	—	—	" Autorenhonorar	—	—	346	50	—	—	—	—		
" Sonstige Einnahmen	111	48	—	88	—	—	—	—	" Zeitungsabonnement	—	—	65	59	—	—	—	—		
									" Expeditionsporto	—	—	2791	92	—	—	—	—		
									" Kautionen	—	—	—	—	—	—	—	2871	42	
									" Kautionszinsen	—	—	—	—	—	—	—	—	14	40
									" Gekaufte Wertpapiere	1798	—	—	—	—	—	—	—	1798	—
									" Gehälter	7800	—	2000	—	—	—	—	—	—	—
									" Schreibhilfe	1448	50	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Sitzungsentzündung	918	10	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Entschädigung der Revisoren	47	—	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Porto	698	95	24	53	—	—	—	—	—	—
									" Bureauentwürfen	27	25	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Bureaubedarf und -Material	1718	15	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Bureau-Mobiliar	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Drucksachen	220	25	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Buchbinderarbeiten	134	—	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Packmaterial	—	—	173	15	—	—	—	—	—	—
									" Depotgebühren	88	50	—	—	10	—	—	—	—	10
									" Bureauanteile	475	—	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Bureaureinigung	192	85	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Heizung und Beleuchtung	111	17	—	—	—	—	—	—	—	—
									" Umzugsgelder	—	—	28	90	—	—	—	—	—	—
									" Versicherungsbeiträge	327	49	75	86	—	—	—	—	—	—
									" Sonstige Ausgaben	27	38	12	—	19	90	—	—	—	—
Summa	104007	04	17145	60	19895	13	4666	27	Summa	110509	42	17145	60	18151	04	4198	82		
Mehrausgabe	6502	88	—	—	—	—	—	—	Saldo	—	—	—	—	1744	09	472	45		
Summa	110509	42	17145	60	19895	13	4666	27	Summa	110509	42	17145	60	19895	13	4666	27		

Gesamt-Vermögen								Verbandskasse		Organkasse		Beihilfefond		Kautionskasse	
								Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
3 0/0 Reichsanleihe								25000	—	—	—	2000	—	5000	—
3 1/2 0/0 Reichsanleihe								—	—	—	—	—	—	2200	—
Darlehen an den Böhmisches Verband								7766	16	—	—	—	—	—	—
Kassenbestand der Hauptkassen								—	—	—	—	1744	09	472	45
Kassenbestand der Zahlstellen								7459	78	—	—	2956	46	—	—
Summa								40225	89	—	—	6700	55	7672	45
Ab Mehrausgabe								6502	88	—	—	—	—	—	—
Summa								33723	51	—	—	6700	55	7672	45

Zahlstellen am Schluß des III. Quartals . . . . . 141  
 Mitgliederzahl am Schluß des III. Quartals 8404  
 Mitgliederbestand des Beihilfefonds . . . . . 1780

Revidiert und für richtig befunden.  
 Charlottenburg, den 16. Januar 1904.  
 Carl Munt. Herm. Jacob.

Charlottenburg, den 1. Januar 1904.  
 Wilhelm Herden,  
 Verbandskassierer.

## Rechnungs-Abschluß des Streikfonds pro 1903.

Einnahme	Mk.	Pf.	Ausgabe	Mk.	Pf.
An Einwendungen	19714	08	Per Mehrausgabe vom Jahre 1902	8884	98
			" Unterstützung nach Neustadt b. G.	1668	59
			" " " Kronach	209	82
			" " " Freienorla	26	25
			" " " Lettau	6397	04
			" " " Schlierbach	1712	—
			Summa	13898	13
			Bestand	5815	95
Summa	19714	08	Summa	19714	08

Revidiert und für richtig befunden.  
 Charlottenburg, den 16. Januar 1904.  
 Carl Munt. Herm. Jacob.

Charlottenburg, den 1. Januar 1904.  
 Wilhelm Herden,  
 Verbandskassierer.